

DAS PRINZIP ÖFFENTLICHKEIT

Diskussionen, wohin man hört! Sie sind seit langem die bevorzugte Darstellungsform studentischer Aktivität. Sie werden in Vorlesungen und Seminaren gefordert, und oft werden sie statt ihrer gefordert. Dennoch wird über vieles sehr wenig diskutiert — als ob es weiteren Redens gar nicht mehr bedürfte. Aber an Universitäten sind Diskussionen nicht viel wert, wenn sie die Probleme verdunkeln, statt sie in aller Deutlichkeit sichtbar zu machen. Die Demokratisierung ist ein solches Problem. Sie ist wirklich ein Problem, weil mit dem Schlagwort der Glaube suggeriert wird, der sicher ein Irrglaube ist: daß die in einer Wissenschaft Tätigen gemäß dem Prinzip der Demokratisierung Gleiche unter Gleichen sind. Das sind sie, mit Verlaub zu sagen, nirgends auf der Welt, ohne daß man deshalb schon die berühmten Strukturen bemühen müßte — die hierarchischen oder die autoritären. Gleichheit im Raum der Wissenschaft kann immer nur Gleichheit der Chancen bedeuten. Von einer Klärung solcher Fragen sind wir jedenfalls noch weit entfernt. Es verhält sich mit der Frage der Öffentlichkeit nicht wesentlich anders. Daß jedermann im akademischen Bereich wüßte, was damit auf ihn „zukommt“ — wer wohl wollte das behaupten!

Von dem, worum es hier geht, sind aber früher oder später alle betroffen. Sie sind von den Prüfungen betroffen, deren Öffentlichkeit in Hochschulgesetzen sanktioniert werden soll — den Forderungen entsprechend, die von der deutschen Studentenschaft erarbeitet worden sind. Ob man damit aber der studentischen Sache dient, ist fraglich. Viel hängt von den Fächern ab, die man auch hinsichtlich der Prüfungen nicht über einen Leisten schlagen kann. Die Herstellung von Öffentlichkeit in Prüfungen, so nimmt man an, soll deren Objektivierung dienen. Das wird mit Sicherheit dahin führen, daß in unserem Fach die Abfragerei wieder an Boden gewinnt, kaum daß wir sie hinter uns glaubten. Versteht man Prüfungen dagegen als Gespräch, so sieht man sich auf eine Gesprächsatmosphäre angewiesen, die der Hörsaal nicht gewährt. Die Szene wird womöglich zum Tribunal, und die hierzu erscheinen müssen, sind „Geprüfte“ in jedem Sinn. Die Bemühungen um eine Prüfungsreform sind vertan, ehe sie verwirklicht werden. Es hätte der echten Mitsprache jedes einzelnen Studenten entsprochen, wenn er selbst entscheiden kann, ob die Prüfung öffentlich sein soll, der er sich zu unterziehen hat. Die pauschale Anweisung, daß alles öffentlich sein soll — ohne Rücksicht auf die konkrete Situation des Einzelnen — ist nichts als ein Verwaltungsakt. Sie ist ein Sieg der Funktionäre über jene, die bisher gegenüber einer verwalteten Universität für die Humanisierung von Prüfungen eingetreten sind.

Doch sind Prüfungen nicht der Kern der Sache. Es sind die sogenannten Entscheidungsgremien der Universität, die sich im Kreuzfeuer der Kritik befinden. Sie sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, daß sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Gewiß nicht unberechtigt fühlt man sich von anonymen Instanzen beherrscht, die ihre Entschei-

dungen in Abwesenheit der „Betroffenen“ fällen. Was zur Beseitigung solcher Vorurteile beitragen kann, ist zu tun. Nicht alles, was im geschlossenen Kreis verhandelt wird, muß deshalb auf ewig verschlossen bleiben. Mancherlei kann mitgeteilt werden, und über die Formen solcher Mitteilung ist zu sprechen. Das betrifft alles das, was man heute mit der Vokabel der „Transparenz“ bezeichnet. Deren Verbesserung können auch diejenigen gut und gern das Wort reden, die in der Frage einer unbegrenzten Öffentlichkeit nicht mit sich reden lassen. Gegen eine solche Öffentlichkeit ist geltend zu machen, was in aller Welt gilt. Erst recht im akademischen Raum! In ihm sollte um der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung willen so offen wie möglich gesprochen werden. Es ist aber kein Geheimnis mehr, daß Offenheit mit zunehmender Öffentlichkeit nicht unbedingt wächst. Unter bestimmten Umständen ist eher das Gegenteil der Fall. Man sagt nicht mehr, was man meint, wenn der Terror wächst. Die gutgemeinte Demokratie nähert sich dem Totalitären an. Die Forderung nach Öffentlichkeit kann in vielen Fällen unabweisbar sein. Sie kann sich aber auch als unmenschlich erweisen, wenn die Forderung zum Prinzip erhoben wird, das zum Dogma erstarrt. Wer sich der Politik verschrieben hat, muß in der Lage sein, vor der Öffentlichkeit als Redner zu bestehen. Wer Wissenschaft treibt, muß ein solcher Redner nicht notwendigerweise sein. Seine Redeformen sind anderer Art. Sie haben einen anderen Sinn. Doch sind auch in der Politik viele Vorgänge der Öffentlichkeit entzogen, und es gereicht einer Demokratie wie der unseren noch immer zur Ehre, daß es in ihr geheime Wahlen gibt. Wie denn derjenige ein hoffnungsloser Utopist genannt werden muß, der Politik machen will, indem er alles und jedes öffentlich zu machen gedenkt. Es wird nicht ausbleiben, daß mit dem Dogma der Öffentlichkeit der Überdruß an Öffentlichkeit wächst. Die „geheimen Gesellschaften“, die man verhindern will, werden sich wohl oder übel verbreiten.

Von unpolitischer Wissenschaft ist dabei nicht die Rede. Wissenschaft und Politik, unnötig es zu sagen, haben mancherlei miteinander gemeinsam. Aber identisch sind sie nicht. Über Politik sollte jeder Staatsbürger mitzusprechen in der Lage sein. In Dingen der Wissenschaft kann entscheidend nur der mitreden, der gelernt hat, in ihr zu denken. Das heißt keineswegs, daß man Wissenschaft nur den „Eingeweihten“ überläßt. Da sie nicht als Privatsache Einzelner betrieben wird, ist die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, was in ihr geschieht. Solche Unterrichtung ist um so schwieriger, als die Gegenstände in den meisten Wissenschaften schwieriger und komplizierter werden. Vermittlungen sind nötig. Sie sind zunächst ein publizistisches Problem. Zugleich sind sie ein Problem der Wissenschaft selbst. Diese ihrerseits hat in der Vergangenheit wenig getan, um sich einigermaßen verständlich zu machen in dem, was ihr wichtig ist. Andererseits haben auch die in der Publizistik Tätigen nicht eben alles getan, um der Sache gerecht zu werden, über

die sie berichten. Die Berichterstattung über wissenschaftliche Kongresse beweist es von Jahr zu Jahr. Handelt es sich dabei um Gegenstände der Soziologie oder der Politikwissenschaft, was immer diese auch sei, so kann man mit Allgemeinverständlichkeit im vorhinein rechnen. In der Naturwissenschaft sieht das schon sehr anders aus. Der beste Vermittler der Probleme würde derjenige sein, der in ihr tätig ist. Das publizistische Problem geht in ein solches der Wissenschaftsdidaktik über. Es ist Aufgabe einer jeden Wissenschaft, für ihr Verständnis nach außen hin zu sorgen. Zugleich muß sie darauf bedacht sein, daß die Öffentlichkeit nicht zur anonymen und unkontrollierbaren Macht wird, die mit Hilfe ihrer Massenmedien über Wissenschaft entscheidet. Die Beratungsergebnisse akademischer Gremien sind der Öffentlichkeit zu vermitteln. Aber die unmittelbare Teilnahme dieser Öffentlichkeit am Beratungsprozeß selbst ist damit nicht zu verwechseln. Kontrolle der Kompetenz ist erforderlich, wenn sachfremde Urteilsbildung verhindert werden soll. Der Demagogie im Raum der Wissenschaft stünde andernfalls Tür und Tor offen. Sie mag auch der Politik nicht unbedingt zuträglich sein, obwohl man sie im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum als Mittel benutzt, da-

mit möglichst gute Wahlergebnisse erreicht werden. Im Bereich rationaler Wissenschaft sind solche Momente des Irrationalen der Anfang vom Ende, weil sie den Zweck wissenschaftlicher Wahrheitsfindung verfälschen.

Verbesserungen im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit sind ein Gebot der Stunde. Jede Isolierung der Universität wäre ein Mißverständnis ihrer Autonomie. Heute weniger denn je darf sich Wissenschaft durch Weltfremdheit legitimieren. Denn nicht in klösterlicher Abgeschlossenheit liegt ihre Autonomie. Sie liegt in der Sache selbst: in der Unabhängigkeit — aber nach allen Seiten hin! Diese muß das oberste Prinzip bleiben. Das Prinzip Öffentlichkeit heißt uns hoffen, wenn es der so verstandenen Autonomie untergeordnet wird. Wo indessen das Prinzip Öffentlichkeit als Dogma verstanden wird, muß man diesem Dogma die Gefolgschaft verweigern. Seit Galilei ist dies das gute Recht der neuzeitlichen Wissenschaft gewesen. Nicht damit Wissenschaft um ihrer selbst willen sei, sondern damit das werde, was Brechts Galilei auf seine Weise formuliert: „Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.“